

Organ der Partei ist die wöchentlich erscheinende „**Parlamentarische Korrespondenz**“ (siehe unten Nachrichten), welche von Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses herausgegeben wird. Außerdem werden auf Rechnung der Partei oder politischer Zeitströme billigen Preisen **Broschüren** (siehe unten Nachrichten) verbreitet.

Zur Herausgabe eines populären politischen Wochenblattes der Fortschrittspartei „**Der Reichsfreund**“ hat sich eine besondere Aktien-Gesellschaft „**Fortschritt**“ in Berlin gebildet. Begründet ist dies Wochenblatt von dem Abg. Eugen Richter, Ludolf Parisius und Hugo Fiermes. Der Reichsfreund besaß im Juni 1883 **19,338 Abonnenten**, welche sich auf 1043 Postamtsschreibende Deutschlands verteilten.

Mehr als 60 hervorragende **Rebner der Partei**, insbesondere Abgeordnete, Rechtsanwälte, Lehrer, haben sich bereit erklärt, außerhalb ihres Wohnortes zur Vertretung der Parteinteressen Vorträge zu halten.

Hervorgehoben zu werden verdient aus der letzten Session des Reichstages das entscheidende Auftreten der Partei zur Abwehr des Tabaksmonopols und einer erhöhten Tabaksteuer, die Befreiung der Erhebung des Holzpreises und anderer Zölle auf notwendige Lebensmittel, die Anträge und Bitten gegen neue Polizeibeschränkungen, gegen die Gewerbeverordnungen (Handlungsvereine, Wirtse, Rechtskonsulenten u. s. w.), die Anträge und Bitten zur Abstellung von Mißständen innerhalb der Militärverwaltung, in Betreff der Militärverordnungen, der Behandlung der Soldaten, der Gründung von Offizierskasinos u. s. w.

Möge der Partei in allen Gauen des deutschen Vaterlandes diejenige Unterstützung von patriotischen und liberalen Männern zu Theil werden, welche sie für ihr kräftiges und männliches Auftreten im Interesse des deutschen Volkes, seiner Gegenwart und seiner Zukunft verdient.

Programm der deutschen Fortschrittspartei

nach den Beschlüssen des ersten Parteitages in Berlin vom 24./26. November 1878.

Die deutsche Fortschrittspartei, im Jahre 1861 in dem doppelten Kampfe um die Einigung des deutschen Vaterlandes und um die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung entstanden, hat nach wie vor zum obersten Ziele, dem deutschen Staatsvolke immer bessere Grundlagen zu schaffen durch Sicherstellung der bürgerlichen Freiheit, durch Beförderung der sittlichen und materiellen Wohlfahrt des Volkes durch Kräftigung der konstitutionellen Rechte seiner Vertretung.

Im Sinne gehen den Kaiser, auf dem verfassungsmäßigen Boden des Bundesstaates wird die Partei die Aufgaben erfüllen, die ihr von dem Volke der konstitutionellen Verfassungen in den Einzelstaaten einzubringen hat. Zu diesem Ende hat der Parteitag beschlossen, als leitendes Grundsatz, um die wesentlich die Parteigenossen sich zu sammeln haben, die folgenden Aufgaben der deutschen Fortschrittspartei zu bezeichnen:

I. Die Entfaltung der parlamentarischen Verfassung durch Kräftigung der Rechte des Reichstages, und durch Einrichtung eines denselben verantwortlichen Reichsministeriums.

Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der dreißigjährigen Legislaturperiode. — Gewährung von Voten an die Reichsämtern.

II. Voller Durchführung des Reichsstaates, insbesondere Gleichheit vor dem Gesetze ohne Ansehen des Standes und der Partei; Abstellung von politischen und Streikverboten durch Gewerkschaften; Sicherung der Press-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit.

III. Entfaltung der vollen Wehrkraft des Volkes unter Schonung der wirtschaftlichen Interessen, daher Verminderung und gleichmäßige Verteilung der Militärlast durch Beförderung der Dienstzeit und volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Sichere Feststellung der Friedensverhältnisse durch das Staatsrecht.

IV. Erhaltung der Rechte des Reichstages auf sibi die Gewerbeverwaltung; bis zur vollen Sicherstellung dieses Rechtes in anderer Form, Beibehaltung der Patentreibverträge unter Annahme eines gereinigten Verteilungssystems.

Verteilung der Steuerlast nach Maßgabe der Steuerkraft; insbesondere keine Überbürdung der weniger bemittelten Volksschichten durch unverhältnismäßige Belastung allgemeiner Verbrauchsgegenstände.

Rechtlichkeit der verwirklichten Grundsätze der Sozialpolitik; keine Steuer- und Sozialpolitik im Dienste einzelner Interessen. Keine Monopole.

V. Aufrechterhaltung der Freizügigkeit, der Gewerbefreiheit, der Koalitionsfreiheit.

Weiterer Ausbau der wirtschaftlichen Gesetzgebung, insbesondere zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, Frauen und der Kinder; Erweiterung der Haftpflicht.

Gewerbliche Schiedsgerichte.

Sichere Anerkennung der auf Selbsthilfe begründeten Vereinigungen (Pensionskassen, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Einigungsämter).

Förderung der allgemeinen und technischen Bildung der arbeitenden Klassen.

VI. Festhaltung der im öffentlichen Interesse notwendigen Bedingungen für die Anlage und den Betrieb der Eisenbahnen durch Rechte und Handhabung derselben durch Reichsbehörden mit unmittelbarer Verantwortlichkeit; dagegen Abweisung des Reichseisenbahnprojekts.

VII. Individuelle Gewissens- und Glaubensfreiheit. Abgrenzung des Reichsgebietes der Kirchen- und Religionsgesellschaften gegenüber dem Staat durch Staatsrecht. Daher allgemeine Gleichgebung aller Religionsgesellschaften ohne Rücksicht auf einzelne Konfessionen und ohne Bevorzugung oder Zurücksetzung bestimmter Kirchen, namentlich Festhaltung der Bedingungen, unter welchen Religionsgesellschaften staatlich anerkannt werden und Korporationsrechte erhalten müssen.

Selbstständigkeit der Schule gegenüber der Kirche, unbedingte der Ordnung des Religionsunterrichts. Allgemeiner obligatorischer und innerweltlicher Volksschulunterricht.

Zur Nachricht diene, daß die vorerwähnte „**Parlamentarische Korrespondenz**“ abwärts wird durch Beförderung mittelst Postanweisung oder am besten an den Reichstagsabschreiber Hugo Fiermes, Berlin O. Neue Gasse 2. A. Postanweisung beträgt für das Jahr 1883 Mk. 120 für 1 Ertel, das nur 10 Pf. für Ertel, bei Postanweisung von mindestens 10 Erteln, vorangeht, daß die Beförderung von mehr als 10 Erteln, immer unter einer Adresse an die von der Fortschrittspartei herausgegebenen **Broschüren** und sämtlich durch die Handhabung von G. Barthel, Berlin S. Alsterstr. 52, direkt und post zu leisten gegen vorstehende perzipierte Zahlung der Beträge. (Zu Postanweisung erwidelt nicht.) Derzeitige ist insbesondere das „**Wochenblatt für die deutsche Arbeiter**“, welches ein Kapital im Fortschrittlichen Sinne darstellt und für gedrungene Artikel über alle politischen Ereignisse enthält. Preis 15 Pf. und für kleinere transitive Fragen: „**Der liberale Wähler**“ Preis 1 Mark. Auf das in Berlin erscheinende Wochenblatt „**Der Reichsfreund**“ aber man entweder bei der Welt (Hauptstadt) Nr. 4035 für 10 Pf. pro Quartal (incl. Postgebühr 65 Pf.), oder man bezieht denselben, sobald es sich um ein Postabonnement von mindestens 10 Exemplaren handelt, bei der Expedition der Reichsfreund, Berlin W. Gasse 12, 28, zum Preise von 40 Pf. pro Exemplar. Alle die Beförderungsmittel gestattet die Expedition bei Einzahlung der Beitragsbeiträge 10 Pf. pro Exemplar und.

Die **Organisation der Partei**, die **Aufgaben der Mitglieder** der geschäftsführenden Ausschüsse, der **Verhältnisse der Parteiverwaltung**, der **Sammlungsmittel** für die einzelnen Zweigen, das **Verhältnis der Abgeordneten der Partei**, die **letzte Wahlstatistik**, **Programm und Organisationsstatistik** sind abgedruckt in „**Verzeichnisse der Fortschrittspartei**“ Preis 30 Pf.

Dieses Flugblatt ist portofrei zu beziehen

durch die **Buchdruckerei von R. Gensch in Berlin SW., Gommendantenstr. 7**

zum Preise von 3 Mark 50 Pf. pro 1000 Exemplare, 2 Mark pro 500 und 50 Pf. pro 100 Exemplare gegen vorherige portofreie Einsendung dieses Betrages.